

Politiksplitter – Aktuelles aus der Gemeindevertretung

Start für „SchöneicheBus“

Am 1. Juli 2015 startete mit dem „SchöneicheBus“ ein neues Fahrserviceangebot. Es richtet sich an Menschen mit dauerhaften oder vorübergehenden Mobilitätseinschränkungen. Nach Anmeldung können diese sich von ihrer Haustür zum gewünschten innerörtlichen Ziel fahren lassen. Den Transport übernimmt die Johanner-Unfallhilfe e.V. Sie trägt zudem ein Drittel der Kosten. Das zweite Drittel übernimmt die Gemeinde. Den Rest zahlt der Fahrgast (0,55 Euro/km). Das Angebot läuft zunächst testweise bis Ende 2016.

DIE LINKE hat die Einführung des „SchöneicheBus“ in der Gemeindevertretung unterstützt. Fahraufträge können bis einen Tag zuvor bei den Johannitern angemeldet werden.

Kontakt: Telefon: (0 30) – 3 11 66 21 77;
E-Mail: schoeneichebus.odls@johanniter.de

Mehr Geld in der Kasse

Die Gemeinde hat in diesem Jahr etwas mehr Geld in der Kasse als erwartet. Wegen höherer Zuweisungen aus Steuereinnahmen und einer Senkung der Zahlung an den Landkreis (Kreisumlage) verzeichnet der Haushalt 2015 nun ein Plus von rund 680.000 Euro statt des zur Jahresbeginn bestehenden Defizites von etwa 50.000 Euro. Die Gemeindevertretung beschloss deshalb im Juli einen Nachtragshaushalt (14 Ja, 1 Nein, 4 Enthaltungen). Knapp 80.000 Euro werden zusätzlich für kleinere Investitionsmaßnahmen und Planungen ausgegeben (v.a. für den Straßenbau und die Wohnungsverwaltung). Die übrigen

600.000 Euro sollen gespart werden, um in den kommenden Jahren größere Investitionen (z.B. Wohnungsbau, Kita-Neubau, Straßenausbau) finanzieren zu können.

Keine engere Kooperation mit Erkner und Woltersdorf in Sicht

Mit Erkner und Woltersdorf bildet Schöneiche bei Berlin einen Mittelbereich. Eigentlich sollen dort wichtige Zukunftsaufgaben gemeinsam gelöst werden. Dafür erhält das Mittelzentrum Erkner jährlich rund 800.000 Euro mehr vom Land. Doch gemeinsame Absprachen und Planungen gibt es nicht. Das wird wohl auch in Zukunft so bleiben. Denn Anträge von SPD, UBS und der LINKEN für eine bessere Zusammenarbeit wurden schon im Herbst 2014 in der Gemeindevertretung abgelehnt. Wie aus der Antwort auf eine aktuelle Anfrage des Gemeindevertreters Fritz Viertel (DIE LINKE) hervorgeht, sieht Bürgermeister Heinrich Jüttner (parteilos) zudem seinerseits keinen Handlungsbedarf. Obwohl sich Erkner jüngst in seinem neuen Stadtentwicklungskonzept für bessere Kooperation ausgesprochen hat. Da könnte man doch mal nachfragen, wie es denn mit der Verwendung der Mittelbereichsgelder in Zukunft weitergehen soll ...

Schöneiche links

Ausgabe Oktober 2015

www.linke-schoeneiche.de

DIE LINKE.

Ortsverband Schöneiche bei Berlin

Sozial – demokratisch – ökologisch

Flüchtlinge willkommen heißen – Für einen grundlegenden Wandel in der Asylpolitik

„70 Jahre nach dem Hitlerfaschismus, der wohl grausamsten Epoche der Menschheitsgeschichte, nutzen unbelehrbare Rassisten die Flüchtlingsdebatte für ihre menschenverachtenden Zwecke. Was für ein Schock für asylsuchende, verzweifelte Menschen muss allein schon aus ästhetischen Gründen der Anblick dieser geballten Hässlichkeit sein. Nazis, ‚besorgte Bürger‘, Fremdenhasser, Rassisten – ihr seid keine Heilsbringer des deutschen Volkes, als die ihr euch gerne seht – ihr seid unsere Schande.“

(Konstantin Wecker)

Eine Lösung herbeibomben kann man nicht, wie das das normale Vorgehen der USA zu sein scheint, aber Europa hätte vielleicht eine Chance, politisch einzuwirken. Dazu müssten allerdings alle Länder bereit sein, das Flüchtlingsproblem gemeinsam zu tragen – und zu lösen. Aber danach sieht es nicht aus, es überwiegen die kurzfristigen Egoismen und das konzeptionslose Durchwursteln, unter dem nicht nur die Menschen in den Kriegsgebieten, sondern auch hierzulande zu leiden haben, weil die Konflikte über die Flüchtlingspolitik an Schärfe zunehmen dürften. Und diejenigen, die meinen, hierzulande zu kurz zu kommen und sich retten zu können, wenn sie Flüchtlinge vertreiben, sollten erst einmal politisch

werden und die Wirtschafts- und Sozialpolitik hier verändern, die in Europa und in Deutschland dazu beiträgt, dass die Kluft zwischen Arm und Reich immer weiter aufgeht und der Sozialstaat zerbröseln wird.

Die Aufnahme- und Asylpolitik liegt in maßgeblicher Verantwortung des Bundes. Flüchtlingsschutz ist aber auch eine internationale Verpflichtung. Da dürfen wir nicht die Verantwortung auf die Schwächsten, und zwar auf die Kommunen, abwälzen. Die Folgen dieser Politik sind bekannt: Die Kommunen sind überfordert und können Asylbewerberinnen und Asylbewerber bei den immer steigenden Zahlen oft nur noch in menschenunwürdigen Unterkünften unterbringen. Durch eine sofortige bundesgesetzliche Regelung zur Schaffung einheitlicher und guter Mindeststandards für die Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung muß dem ein Riegel vorgeschoben werden. Wir brauchen eine dauerhafte strukturelle Neuregelung zur Entlastung der Kommunen und keine einmaligen Geldüberweisungen durch den Bund.

Viele Menschen in ehrenamtliche Initiativen in Flüchtlingsunterkünften und auf Veranstaltungen im ganzen Land engagieren sich für die Aufnahme und Unterstützung von Flüchtlingen. Sie bieten Lernhilfen für Flüchtlingskinder an, spielen

mit ihnen Fußball oder Theater, sie begleiten Flüchtlinge zu den Behörden. Nur durch Ehrenamt sind diese Aufgaben nicht zu realisieren.

Auch Schöneiche bei Berlin bereitet sich auf die Aufnahme von Flüchtlingen vor. Es fanden Gespräche mit Kindergärten, Schulen, Ärzten und Vereinen statt. Die Einwohner in Schöneiche werden frühzeitig informiert und mit einbezogen. Das ist zur Zeit ein Privileg in Deutschland.

Am 31. August 2015 fand eine Bürgerinformationsveranstaltung in Schöneiche

statt. Etwa 450 Bürger folgten der Einladung. Es war eine sachliche Diskussion, bei der sehr viele Einwohner Fragen und Anmerkungen stellten. Die Veranstaltung zeigte die Nöte, Ängste, aber auch die Bereitschaft, mitzutun und sich zu engagieren. Es wurde vereinbart, in regelmäßigen Abständen und bei aktuellen Anlässen weitere Bürgerinformationsveranstaltungen durchzuführen.

Beate Simmerl, Vorsitzende der Fraktion
DIE LINKE in der Gemeindevertretung

Aus der Kreistagsfraktion

Zu einer Ganztagsitzung traf sich die Fraktion DIE LINKE am 22. August in Lindenberg (Gemeinde Tauche). Trotz Einbußen bei der letzten Kommunalwahl stellt DIE LINKE mit zwölf Abgeordneten unverändert die zweitgrößte Fraktion im Kreistag. Darunter unsere Genossen Artur Pech und Tanja Jaksch. Artur Pech der zugleich Fraktionsvorsitzender ist, bemerkt dazu: „Wir haben einen Auftrag der Bürgerinnen und Bürger, die Verwaltung zu kontrollieren, die Sorgen und Nöte der Einwohner zu erkennen, den Landkreis Oder-Spree lebenswert zu machen“.

In Ihrer Klausur bestimmten die Abgeordneten und von der Fraktion benannten sachkundigen Einwohner für die Fachausschüsse die Positionen für die nächsten Monate. Wichtigste Themen sind Kreisgebietsreform, die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern und die Weigerung der Verwaltung, die neu bestimmten Mietkosten sofort bzw. rückwirkend in der Berechnungspraxis für Kosten der Unterkunft zu berücksichtigen.

Während bei Hartz-IV-Fragen DIE LINKE gegenüber der Kreisverwaltung in Beeskow

also sehr kritisch auftritt, ist sie bereit, bei den Fragen der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerber die Verwaltung zu unterstützen.

Eventuell findet sich sogar beim Thema Kreisgebietsreform eine Gemeinsamkeit zwischen der Fraktion DIE LINKE und der Verwaltung, zwischen der LINKEN und den anderen Fraktionen im Kreistag. Was derzeit vom Innenminister als so genanntes Leitbild vorliegt, hilft weder dem Land noch den überschuldeten Kommunen. Die Erarbeitung einer tragfähigen Position des Kreistages zu diesem „Leitbild“ kann aber aus Sicht der LINKEN nicht in ein paar Tagen erfolgen. Die Fraktion DIE LINKE wird deshalb in die Sitzung des Kreistages am 30. September einen Beschluss zur Bildung eines zeitweiligen Ausschusses „Kommunalreform“ beantragen.

DIE LINKE ruft alle Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Oder-Spree auf, sich an einer Diskussion zur Kreisgebietsreform zu beteiligen.

Dr. Artur Pech
Dr. Tanja Jaksch

Datenschutz der Gemeinde vor staatlicher Überwachung und Hackerangriffen muss überprüft werden

Seit den Enthüllungen der Online-Plattform „WikiLeaks“ und des ehemaligen US-Geheimdienstmitarbeiters Edward Snowden kommen immer neue Überwachungs-skandale ans Licht. Geheimdienste wie die amerikanische NSA, der britische GCHQ oder der deutsche BND sammeln massenhaft und verdachtsunabhängig Daten. „Nicht nur hochrangige Politiker/innen und große Unternehmen, sondern jede einzelne Person, die ein Handy oder das Internet nutzt, einen modernen Pass oder eine elektronische Gesundheitskarte besitzt, ist davon betroffen“, erklärte die Bundestagsabgeordnete Martina Renner im Juli bei einer Veranstaltung in Schöneiche bei Berlin. Sie sitzt für DIE LINKE im NSA-Untersuchungsausschuss und diskutierte in der „KultOurkate“ mit den etwa 30 Gästen über die aktuelle Geheimdienstpolitik.

Neben der staatlichen Überwachung sind gezielte Hackerangriffe privater Akteure auf Behörden und Firmen zunehmend ein

Sicherheitsproblem. So wie der Einfall in das IT-System der Gemeinde Schöneiche bei Berlin im Frühjahr 2015. Dort lagern sensible Daten, z.B. die Einwohnermelde-datei. Nach Angaben des Bürgermeisters sind diesmal zwar keine Daten entwendet worden. Doch der Angriff macht deutlich, dass der Schutz von Daten und elektronischer Kommunikation auch ein kommunalpolitisches Thema ist. DIE LINKE stellt deshalb im September einen Antrag in der Gemeindevertretung. Damit soll eine Überarbeitung der Datensicherheitsstrategie für die Gemeinde erreicht werden. Schwerpunkte dabei sind die Verschlüsselung und somit der Schutz der kommunalen Datenbanken sowie der elektronischen Kommunikation innerhalb der Verwaltung sowie zwischen der Verwaltung und den Einwohner/innen.

Fritz R. Viertel, Gemeindevertreter



Ein wichtiger Schritt!

Der erste kommunale soziale Wohnungsbau nach 1990 feierte am 30. Juli Richtfest.

In der Brandenburgischen Straße 66 entstehen zwei Drei-Raum- und vier Zwei-Raumwohnungen als Ersatz für die „graue Laus“. Weitere soziale Wohnungsbauten in Schöneiche werden vorbereitet.

die auszuarbeitenden Leitlinien zur kommunalen Energiepolitik können sich auf die Gründungskonzeption und die Leitlinien des Arbeitskreises stützen. Es wäre ein erster Schritt im „offenen Bürgerbeteiligungsverfahren“.

Interessenten sind herzlich zur Mitarbeit eingeladen!

Detlef Wilke,
Mitglied des Vorstandes der LINKEN in
Schöneiche bei Berlin



(K)ein neuer Wanderweg, sondern das seit Monaten ausgetrocknete Fließ im Schlosspark! Der „Kleine Spreewald-Park“ und der Schloßteich sind genauso trocken. Der Teich im Kleinen Spreewald muss regelmäßig mit Brunnen/Trinkwasser – zur Belüftung des Restwassers durch eine Fontäne – nachgefüllt werden, um einen Mindestwasserstand zu gewährleisten. Auf Dauer keine nachhaltige Lösung!

Kontakt & Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Schöneiche bei Berlin

V.i.S.d.P.: Fritz R. Viertel (Ortsvorsitzender), Mobil: (01 70) - 3 56 68 41,

E-Mail: fritz.viertel@linke-schoeneiche.de

Kontakt: kontakt@linke-schoeneiche.de, Internet: <http://www.linke-schoeneiche.de>

Druck: YesPrint e.K., 50739 Köln • Auflage: 5000 Stück

TTIP/CETA bedrohen die Demokratie in unserer Gemeinde

Die geplanten Freihandelsabkommen TTIP (EU/USA) und CETA (EU/Kanada) sind eine Gefahr für die demokratische Selbstbestimmung der Staaten. Denn sie sollen großen Konzernen die Möglichkeit geben, vor nichtöffentlichen Schiedsgerichten gegen Gesetze zu klagen, die ihre Profite verringern. Damit entmachten sie die nationalen Parlamente.

Auch die Schöneicher Gemeindevertretung hätte mit Abschluss von TTIP/CETA kaum noch etwas zu entscheiden. Denn in den Abkommen soll geregelt werden, welche Dienstleistungen von den Kommunen erbracht werden dürfen. Bereiche der öffentlichen Infrastruktur wie Bildung, Kultur, Nahverkehr oder Gesundheit würden dann der Privatisierung und Kommerzialisierung preisgegeben. Öffentliche Aufträge müssten zukünftig nicht nur innerhalb der EU, sondern auch in den USA und Kanada ausgeschrieben werden.

Auftragsvergaben an lokale oder regionale Firmen würden dadurch stark erschwert. All das höhlt das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung aus und macht die demokratische Wahl von Gemeindevertretung und Bürgermeister/in lächerlich. Es ist deshalb dringend geboten, auch vor Ort Widerstand gegen die Handelsabkommen zu leisten!

Neben der laufenden Unterschriftensammlung bringt DIE LINKE deshalb einen Antrag in die Gemeindevertretung ein. Deren

Mitglieder sollten sich klar gegen eine Einschränkung ihrer Handlungskompetenzen aussprechen und die Einwohnerschaft dazu aufrufen, dies mit ihrer Unterschrift zur (selbstorganisierten) Europäischen Bürgerinitiative gegen TTIP/CETA noch bis Oktober ebenfalls zu tun. Der Antrag wird am 23. September in der Gemeindevertretung beraten.

Fritz R. Viertel, Vorsitzender
DIE LINKE Schöneiche bei Berlin



Auf dem Weg zu mehr Transparenz und Einwohnerbeteiligung

Im Mai/Juli standen insgesamt fünf Anträge der Linksfraktion in der Gemeindevertretung auf der Tagesordnung. Ihr Anliegen: Konkrete Schritte zu mehr Transparenz und erweiterten Einwohnerbeteiligungsmöglichkeiten in der Ortspolitik. Der erste Teil dieses Antragspaketes war erfolgreich: Ab November setzt Schöneiche bei Berlin ein Bürger- und Ratsinformationssystem ein. Alle Dokumente und Informationen der Gemeindevertretung werden dann im Internet einsehbar und gezielt recherchierbar sein (17 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen). Außerdem gibt es nun eine halbjährliche Übersicht der Arbeitsschwerpunkte der Gemeindeverwaltung. Sie ermöglicht Gemeindevertreter/innen und Interessierten, sich langfristig vor einer Beschlussfassung in komplexe Themen einzuarbeiten (10 Ja, 8 Nein, 1 Enthaltung).

Die weiteren drei Anträge der LINKEN betreffen die formale Einwohnerbeteiligung. Zum Ersten die Möglichkeit der Einwohner/innen, Anträge an die Gemeindevertretung zu stellen. Hierzu müssen aktuell Unterschriften von drei Prozent der Einwohnerschaft (rund 300 Personen) gesammelt werden. Wir wollen dieses Quorum auf 50 Unterschriften absenken. Zum Zweiten soll die Gemeindevertretung die Möglichkeit erhalten, vor wichtigen Entscheidungen Einwohnerbefragungen durchzu-

führen. Hierzu legten wir den Entwurf einer entsprechenden Satzung vor. Zum Dritten wollen wir eine breite Diskussion über anstehende Entscheidungen zur zukünftigen Ortsentwicklung (v.a. durch Verdichtung der Wohnbebauung mit deutlichem Anstieg der Einwohnerzahl) führen. Bevor die Gemeindevertretung damit befasst wird, soll es dazu mehrere Einwohnerversammlungen geben.

In einer intensiven Diskussion konnten im Hauptausschuss zu allen drei Vorschlägen mehrheitsfähige Kompromisse gefunden werden: So soll die Unterschriftenzahl für Einwohneranträge auf 1,5 Prozent halbiert werden. Der Bürgermeister soll beauftragt werden, einen eigenen Entwurf für eine Einwohnerbefragungssatzung zu erarbeiten und mit allen Fraktionen erneut zu beraten.

Diese Kompromisse sollten eigentlich am 9. Juli in der Gemeindevertretung beraten und beschlossen werden. Auf Grund von Zeitknappheit verschob sich dies jedoch auf die Sitzung am 23. September. Wir hoffen sehr, dass insbesondere die Fraktionen von SPD und Neues Forum/Grüne/Feuerwehr sowie das BBS dann noch zum gemeinsamen Kompromiss stehen!

Fritz R. Viertel, Gemeindevertreter

Auf den Weg gebracht: Energiewende für Schöneiche

Angeregt durch den Plan B „Sozial-ökologischer Umbau der Gesellschaft“ der Linksfraktion im Bundestag beschloss DIE LINKE-Basis Schöneiche, sich bei der Umsetzung insbesondere der Aufgaben der Energiewende anzuschließen.

DIE LINKE Schöneiche hatte bereits in ihrem Programm zur Kommunalwahl 2009 das Thema einer Energiewende in Schöneiche aufgegriffen.

Ein Problem ist es, auf der kommunalen Ebene wirkungsvolle Ansätze für die Energiewende zu finden, um die kommunale Mitverantwortung für den globalen sozial-ökologischen Umbau zu übernehmen, also diese Frage sozial und gerecht, mit und für die Schöneicherinnen und Schöneicher als regionale Aufgabe zu lösen.

DIE LINKE Schöneiche sah sich gefordert, dazu ihren Beitrag zu leisten, eine Konzeption für die lokale Energiewende entstand.

Als Partner konnten natürlicherweise die Schöneicher Grünen gewonnen werden.

2013 kam es zur Bildung des ehrenamtlichen Arbeitskreises „Energiewende in Schöneiche“. Motiviert von der Erkenntnis, dass sich der Klimawandel mit seinen schon erkennbaren gravierenden Folgen nicht mehr aufhalten lässt.

Das Eis der Pole und die Gletscher tauen ab, Wetterkapriolen begleiten uns, extreme Trockenheit im Wechsel mit Extremniederschlägen, fortschreitende Versteppungen mit allen sozialen Auswirkungen wie Hunger, Abwanderung, Konflikte um Wasser und Weidegründe. Die Verelendung im Süden wird den Nord-Süd-Konflikt zuspitzen und wieder trifft es die ohnehin schon benachteiligten Menschen!

Die Treibhausgase – als hauptsächliche

Ursache – sondern müssen drastisch gesenkt werden! Die Energiewende ist dafür das zentrale Instrument!

Die Ursachen, insbesondere die Nutzung fossiler Energieträger (Kohle, Erdöl usw.), sind durch erneuerbare Energien und wirkungsvolle Einsparungen zu ersetzen.

Der Klimawandel verschont keine Region, nicht einmal Schöneiche: unser Fließ ist seit Monaten trocken gefallen. Wir werden uns dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe stellen, alle können und müssen dazu ihren Beitrag leisten, auch Sie in Ihren privaten Haushalten!

Ein Konzept gibt die Aktivitäten des Arbeitskreises vor: Öffentlichkeitsarbeit und Vermittlung entsprechender Kenntnisse, Erschließung möglicher Einsatz-/Einsparungspotentiale und deren Umsetzung.

Aktuell befindet sich der Arbeitskreis in der Phase der Informationsvermittlung, etwa durch Vorträge, z.B. zu den Energiestrategien der Bundes- und Landesregierungen oder zum Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG).

Der Erfahrungsaustausch mit Gleichgesinnten, etwa aus Neuenhagen (Kraft-Wärme-Kopplung) oder Rehfeld (Energiegenossenschaft) hat gezeigt, dass wir einen „langen Atem“ brauchen.

Gemeindeverwaltung und Gemeindevertretung konnten bereits überzeugt werden. In ihrer Sitzung am 6. Mai 2015 wurde die Bildung eines Klimabeirates beschlossen. Damit erhält das Projekt Energiewende in Schöneiche den politischen Rückhalt und Schub, den der ehrenamtliche Arbeitskreis oftmals vermissen musste. Mitglieder des Arbeitskreises werden sich am Klimabeirat beteiligen.

Die Konzeption des Klimabeirates und



■ **Befristung und Leiharbeit stoppen!** ■ **Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV!** ■ **Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst!** ■ **Wohnung und Energie bezahlbar machen!** ■ **Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit!**

DIE LINKE.

www.das-muss-drin-sein.de